

Für eine gute Bildungsinfrastruktur in Schwaben

Der SPD-Bezirksverband Schwaben gibt sich für die politische Arbeit im Bereich der Bildungspolitik folgende Ziele, für die sich die schwäbischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf kommunaler, auf Bezirks- und auf Landesebene einsetzen sollen:

1. Kinderbetreuungsausbau in Schwaben zügig vorantreiben!

Der SPD-Bezirk Schwaben fordert den zügigen Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen für unter 3-Jährige sowie den Ausbau der Ferien- und Randzeitenbetreuung und der Ganztagschulen

Begründung:

Gute Kinderbetreuung vor Ort ist für viele Familien und Alleinerziehende von enormer Wichtigkeit. Ab 2013 gibt es für alle Kinder unter 3 Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz.

Zwar wurde in den vergangenen Jahren im Regierungsbezirk Schwaben der Ausbau von Kinderkrippen vorangetrieben. Noch im Jahr 2003 gab es keine staatlich finanzierten Krippen, derzeit werden in Schwaben immerhin 7,9 Prozent der unter Dreijährige in Krippen betreut, 6,9 Prozent in Kindergärten, 1,7% in der Tagespflege. Insgesamt haben 17,8 Prozent der schwäbischen Kinder unter 3 Jahren einen Betreuungsplatz. Vielerorts ist der Bedarf jedoch bei weitem nicht gedeckt. Die Bundesweite Vorgabe von 35% ist gerademal zur Hälfte erreicht.

Eine aktuelle Umfrage bei schwäbischen Bürgermeistern hat zudem gezeigt, dass viele Kommunen in den vergangenen Monaten Plätze ausgebaut haben. Diese sind jedoch größtenteils schon wieder belegt. In den nächsten Monaten kommt auf die Kommunen ein weiterer großer Kraftakt zu, um das Angebot weiter auszubauen. Dabei dürfen die Kommunen, die am bisherigen Ausbau einen wesentlichen Anteil geleistet haben, nicht im Stich gelassen werden. Der Freistaat Bayern ist in der Verpflichtung, die Kommunen noch besser zu unterstützen.

Hierbei gilt es auch, die Qualität der Betreuung in den Einrichtungen zu beachten. Da bisher die Unterstützung des Freistaates nicht ausreichend ist, ist es oft nur dem Engagement der Kommunen zu verdanken, dass Qualitätsstandards eingehalten werden. Bei der Betreuung von Kleinkindern sind eine Erzieherin und ein Pflegerin für 12 Kinder immer zu wenig, der Freistaat muss hier den Kommunen dringend unter die Arme greifen und den Personal-Kind-Schlüssel maßgeblich verbessern.

Verbesserungen sind auch im Bereich der Ferien- und Randzeitenbetreuung erforderlich, insbesondere für Schulkinder. Umfragen in Schwaben haben ergeben, dass viele Kommunen mit dieser Ausgabe überfordert sind. Oft gibt es nur vereinzelt Plätze in Kindertagesstätten und Horten, für viele Schulkinder gibt es in den Ferien oder für Randzeiten vielerorts nichts. Es darf nicht länger vom Geldbeutel der Kommune abhängen, ob es Ferien- oder Randzeitenbetreuung gibt. Es bedarf dringend einer staatlichen Kofinanzierung analog zur Kinderbetreuung (nach BayKiBiG).

Ähnlich sieht die Lage der Ganztagsbetreuung von Schulkindern aus. Von rund 650 Schulen im Regierungsbezirk bieten nur 126 Schulen gebundene Ganztagszüge an, 174 Schulen offene Ganztagszüge. Nur 5,5 Prozent aller schwäbischen Schüler an weiterführenden Schulen

werden in offenen Zügen betreut, nur 4,1 Prozent der Klassen an schwäbischen Schulen sind gebundene Ganztagsklassen. In allen Schularten herrscht dringender Ausbaubedarf an qualitativ hochwertigen Ganztagsklassen.

Völlig unsinnig ist die Einführung des Betreuungsgeldes, das keineswegs eine Alternative zum Ausbau der Kinderbetreuung sein darf. Die Kosten in Höhe von 1,2 Milliarden müssen in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert werden, damit ausreichend qualitativ hochwertige Plätze zur Verfügung stehen.

2. Gemeinschaftsschule umsetzen!

Der SPD-Bezirk Schwaben fordert die Zulassung der Gemeinschaftsschule als Modellschule sowie keine Behinderung von Gemeinden, die das Gemeinschaftsschulkonzept verwirklichen wollen

Begründung

Damit ländliche Kommunen nicht ausbluten, müssen sie attraktiv für Menschen sein. Die Attraktivität einer Kommune wird durch vieles bestimmt. Speziell wenn es um den Zuzug in eine Gemeinde geht, sind folgende drei Kriterien mehr oder weniger entscheidend: Arbeitsmöglichkeiten oder die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes, die Kosten für Miete, Haus- oder Wohnungskauf bzw. -bau, sowie weitere Lebenskosten und andererseits die Infrastruktur. Bei der Infrastruktur wird neben den Einkaufsmöglichkeit auf Erreichbarkeit von Zentren geachtet.

Bei jungen Familien spielen aber auch die Bildungsangebote eine große Rolle: Ist ein Kindergarten, eine Grundschule, am besten am Ort, und eine weiterführende Schule in der Nähe? Oder muss mein Kind einen weiten und zeitraubenden Weg zur Bildungseinrichtung auf sich nehmen? Somit ist Bildungspolitik auch Strukturpolitik.

In Schwaben sind aber speziell die Schulstandorte in kleinen Gemeinden nur mit einer Haupt- bzw. Mittelschule auf dem Lande gefährdet.

Landkreis	heutige Mittel-schul-standorte	gefährdete Standorte 2020	gefährdete Standorte 2030
Aichach-Friedberg	13	7	7
Augsburg	19	4	4
Dillingen	9	1	1
Donau- Ries	12	4	7
Günzburg	11	4	4
Lindau	5	1	3
Neu Ulm	14	5	6
Oberallgäu	15	4	6
Ostallgäu	10	2	2
Unterallgäu	13	4	7
Gesamt	121	39 (32,2%)	49 (40,5%)

(mit freundlicher Genehmigung des BLLV)

40 % der ländlichen Schulstandorte sind gefährdet. Dies ist für den Bezirk Schwaben erschreckende Zahlen, auf die reagiert werden muss. Während der politische Gegner mit Durchhalteparolen und einer Umbenennung der Haupt- und Volksschulen in Mittelschulen reagiert

hat. Schlägt hier die SPD eine andere Lösung vor. Nach dem Vorbild anderer Länder soll als weitere Möglichkeit neben den anderen etablierten Schulformen die Gemeinschaftsschule eingeführt werden.

In einer Gemeinschaftsschule sollen Hauptschulabschluss, der Quali, der Realschulabschluss und für gute Schüler der Übertritt an eine gymnasiale Oberstufe mit abschließenden Abitur möglich sein. Um dies umzusetzen muss der Unterricht anders organisiert werden und die Schüler länger miteinander und voneinander lernen. Bei der Ausgestaltung des pädagogischen Konzeptes und deren Schwerpunkte haben aber die Kommunen Freiräume.

Durch Umwandlung der gefährdeten Haupt-/Mittelschulstandorte könnten bis auf zwei Standorte alle anderen 47 Standorte gehalten werden.

3. Inklusive Beschulung ermöglichen!

Der SPD-Bezirk Schwaben fordert, den nötigen Perspektivenwechsel im Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen voranzutreiben und die für inklusive Beschulung erforderlichen Maßnahmen zu treffen

Begründung:

Mit dem Begriff „Inklusion“ wird ein Perspektivwechsel im Zusammenleben von Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen beschrieben, der über Integration hinausgeht. An die Stelle der Integration als Ziel im Umgang mit Menschen mit Behinderung streben wir eine inklusive Gesellschaft an. Strukturelle Rahmenbedingungen müssen daher so verändert werden, dass sich Menschen mit Beeinträchtigungen oder besonderen Eigenschaften ungehindert am Alltagsleben beteiligen können. Schwaben braucht einen Perspektivwechsel im Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen.

Mit Behindertenbeiräten in Kommunen sollen Inklusionspläne erarbeitet werden, die die jeweiligen bestehenden Rahmenbedingungen vor Ort, die erkennbaren Veränderungsfelder, die Inklusionsziele und die Maßnahmen zu ihrer Erreichung beschreibt.

Mit Beginn des Schuljahres hat der Freistaat Bayern die UN-Behindertenrechtskonvention in das Bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz umgesetzt; demnach steht Kindern mit Beeinträchtigungen der Weg in eine Regelschule grundsätzlich offen.

Neben der Einzelintegration kann eine Schule das Schulprofil „Schule mit Schulprofil Inklusion“ beantragen. Im vergangenen Schuljahr wurden bayernweit 41 Schulen, davon 7 in Schwaben, eingerichtet. Diese Zahlen machen den Handlungsbedarf klar, den die kommunalen Spitzenverbände den Mitgliedern der interfraktionellen Arbeitsgruppe des Bayerischen Landtags verdeutlicht haben:

Inklusionsbedingte Maßnahmen an Regelschulen müssen umgehend durch eine Anpassung der Schulbauverordnung und der Bestimmungen über die staatliche Förderung des Schulbaus finden.

In Anlehnung an das Investitionsprogramm FAGplus15 sollen auch für inklusionsbedingte Bau- und Investitionsmaßnahmen ein Förderzuschlag sowie eine Verringerung der Fördermindestgrenzen vorgesehen werden.

Der Freistaat muss für die inklusive Beschulung ausreichend Lehr- und Betreuungspersonal zur Verfügung stellen und auch die Förderschulen im Hinblick auf das Wahlrecht der Eltern personell ausstatten.

Eltern müssen in Kooperation mit den Kitas und Förderschulen bereits zeitig vor dem offiziellen Einschreibetermin Beratungsangebote erhalten.

Dabei müssen SonderpädagogInnen, der Mobile Sonderpädagogische Dienst, JugendsozialarbeiterInnen und zusätzliche Lehrerstunden und Bildungsangebote ausreichend zur Verfügung stehen.

Die Qualität der pädagogischen Arbeit setzt allerdings auch Ordnung und Kontinuität für Arbeit und Sicherheit für Beschäftigte in diesem Bereich voraus. Prekären Arbeitsbedingungen muss entgegengewirkt werden. Nach Tarif bezahlte Fachkräfte müssen hier gewonnen und ge-/beworben werden.

4. Außerschulische Jugendbildungsarbeit fördern

Die SchwabenSPD fordert eine angemessene Förderung der Jugendarbeit in Schwaben um die Leistungen der Jugendverbände und Jugendringe im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit auch in Zukunft gewährleisten zu können und setzt sich für den Ausbau der Jugendbildungsstätte in Babenhausen ein.

Begründung:

In der politischen Diskussion wird Bildung fast ausschließlich im Schulwesen verortet, obwohl die außerschulische Bildung, wie sie im Kinder- und Jugendhilfegesetz in § 11 SGB VIII grundgelegt ist, als ein anerkanntermaßen weiteres wesentliches Element des Bildungs- und Erziehungswesens gilt.

In der strukturellen Engführung der Bildungsdebatte liegt oftmals eine Fixierung auf staatliches Handeln und die Bildungsangebote freier Träger und von (Jugend-)Verbänden werden dann deutlich nachrangig oder überhaupt nicht gesehen. Darüber hinaus verstärkt sich offensichtlich auch eine inhaltliche Engführung. Es ist eine zunehmende Tendenz erkennbar, Leitziele von Bildung wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Verwertungskriterien zu unterwerfen; eine Tatsache, die sich mit sozialdemokratischen Vorstellungen von Bildung nicht vereinbaren lässt.

Bedingt durch die Notwendigkeit eines Ausbaus der Ganztagsklassen und -schulen ist die Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule ein wesentliches Aufgabenfeld in dem der der Grundsatz gelten muss, dass die Jugendarbeit gleichberechtigter Partner ist und nicht nachgeordneter Helfer; Jugendarbeit muss ein selbstbestimmtes Angebot mit dem Bezug auf den Grundsatz der Freiwilligkeit (einer der Grundsätze von Jugendarbeit) bleiben. Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und schulischen Angeboten soll in den Kommunen auf Augenhöhe stattfinden.

Die Bildungsarbeit im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit ist auch in Schwaben gekennzeichnet von einem breiten und umfassenden Selbstverständnis, in dem vor allem der junge Mensch im Mittelpunkt steht. Das heißt, es geht zuallererst um die Entwicklung seiner Persönlichkeit, bezogen auf alle Lebens- und Handlungsfelder, und damit letztlich auch um Vermittlung von Kompetenzen, Fähigkeiten und Qualifikationen, die ihm den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Natürlich erfüllen nicht einzelne Angebote oder einzelne Träger diesen Anspruch insgesamt, aber die Gesamtheit der Bildungsarbeit innerhalb der Jugendarbeit mit ihrer Vielfalt an Zielen, Inhalten und Methoden der einzelnen Träger ermöglicht diesen umfassenden Ansatz.

Neben jugendpolitischer Interessenvertretung stellt Bildungsarbeit in der Arbeit der Stadt- und Kreisjugendringe in Schwaben, wie auch in der Arbeit des Bezirksjugendring als solchem das zweite Standbein dar, mit dem gesellschaftlich und politisch relevante Themen bearbeitet werden. Beide Handlungsfelder sind dabei freilich bewusst eng miteinander verbunden, bedingen und ergänzen sich gegenseitig. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass Jugendarbeit

immer selbstorganisiert bleiben muss und somit stets in der Lage ist über ihre Inhalte selbst zu entscheiden.

Außerschulische Jugendbildung geschieht in der Freizeit auf der Basis von Freiwilligkeit und einer intensiven Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Vorbereitung und Durchführung. Das heißt, es haben nur die Themen eine Chance, die die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen berücksichtigen.

Bestimmend ist deshalb das ganzheitliche Verständnis von Bildung in der Jugendarbeit. Die intellektuellen Fähigkeiten sollen genauso gefördert werden wie die musisch-kreativen; neben der geistigen Seite wird auch die psychische des jungen Menschen angesprochen; soziales und kulturelles Lernen gehören ebenso dazu wie körperliche und handwerkliche Betätigung; rationale Aspekte spielen ebenso eine Rolle wie emotionale und affektive; Theorie und Praxis, Politik und Alltagsleben werden miteinander verbunden.

Der Bezirksjugendring und seine Untergliederungen vertreten über 450.000 junge Menschen in Schwaben. In ihm sind 28 Mitgliedsverbände und 14 Kreis- und Stadtjugendringe zusammengeschlossen. Im Jahr 2011 hat der Bezirksjugendring zusammen mit seinen Mitgliedsverbänden und Jugendringen weit über 500 Bildungsmaßnahmen durchgeführt. Ferner betreibt der Bezirksjugendring die schwäbische Jugendbildungsstätte Babenhausen.

Der Schwerpunkt politische Bildung ist ein Markenzeichen des Bezirksjugendring Schwaben. Neben der Erarbeitung von Handreichungen, Schulungen zur Demokratieförderung und Partizipation laufen derzeit u.a. die Vorbereitungen für „Die Nacht der Demokratie“ in Zusammenarbeit mit der Universität Augsburg und vielfältigen anderen Trägern.

Um diese wertvolle Arbeit weiter abzusichern und fort zu entwickeln fordert die schwäbische SPD neben der angemessenen finanziellen Ausstattung der Jugendarbeit in Schwaben auch eine bedarfsgerechte Ausstattung mit pädagogischem Personal für alle Träger der Jugendbildung.

Ferner gilt es die Angebote im Bereich der Medienfachberatung auszubauen und die Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten der Stadt-, Kreis- und Bezirksjugendringe konsequent weiterzuentwickeln. Gerade für die Diskussion über die Entwicklung im ländlichen Raum kann der Bezirksjugendring ein wichtiger Ansprechpartner sein.

Für den Bereich der Jugendbildungsstätte Babenhausen sind weitere Baumaßnahmen notwendig. Außerdem benötigt die schwäbische Jugendbildungsstätte eine Halle für Aktivitäten von größeren Musik- bzw. Sportgruppen wie es in den ursprünglichen Bauplänen vorgesehen war. In diesem Sinne muss v.a. der Fördertitel im Haushalt des Freistaats „Jugendbildungsmaßnahmen“ endlich bedarfsgerecht ausgestattet werden. Ferner muss außerschulische Bildungsarbeit ihren Niederschlag und eine entsprechende Berücksichtigung bei der Neuschreibung des Kinder- und Jugendprogramms der Staatsregierung finden.

5. Integration fördern

Der SPD-Bezirk Schwaben fordert die Verbesserung der Integration von MigrantInnen durch den Ausbau der Sprachförderung

Begründung:

In einer vielkulturellen Gesellschaft sind sozialer Ausgleich und wirtschaftlicher Erfolg nur möglich, wenn alle Anstrengungen zur Integration von MigrantInnen unternommen werden. Europas Städte befinden sich im Wandel. Vielkulturalität, im Zeichen der Migration, der demographischen Entwicklung und der Vervielfältigung der Lebensstile, verändern die Gesellschaft und die Anforderungen an die Politik dies zu managen. Wir sehen in einer vielkulturel-

len Gesellschaft nicht nur neue Aufgaben und Risiken, sondern begreifen Vielkulturalität als Chance und Bereicherung.

Es gibt in Schwaben viele Beispiele erfolgreicher Integration, denn MigrantInnen spielen eine wichtige Rolle in der Wirtschaft, der Kultur und im sozialen Leben unserer Städte. Unter den MigrantInnen gibt es viele Leistungsträger, deren Engagement und deren Kreativität wir in unserer Bürgergesellschaft benötigen, weil wir so neue, kreative und effektivere Lösungen erarbeiten können.

Dieses Zusammenwirken wiederum kann nur mit aktiver Teilhabe, mit Eigenverantwortung, bürgerschaftlichem Engagement und der Wandlungsbereitschaft aller Akteure gelingen. Deswegen setzt sich die SPD Schwaben dafür ein, dass Voraussetzungen geschaffen werden, die diesen Prozess unterstützen und weiterentwickeln.

Den Kommunen kommt bei der Umsetzung des „Nationalen Integrationsplanes“ eine besondere Bedeutung zu. Die SPD Schwaben setzt seine Inhalte um, die zu mehr interkultureller Gemeinschaft in der Gesellschaft beitragen und mehr Chancengleichheit gerade bei ungleichen Voraussetzungen zum Ziel haben – gerade in den Bereichen Bildung, Spracherwerb und Verbesserung der Arbeitsmarktchancen.

Der Erwerb der deutschen Sprache setzt, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, die Anerkennung und den Erwerb der Muttersprache voraus. Einhergehen muss eine Stärkung des Bewusstseins in den Migrantenfamilien, dass Kenntnisse der deutschen Sprache der Schlüssel zur Integration sind. Wenn Mehrsprachigkeit mit dem Erwerb der deutschen Sprache einhergeht, können strukturelle Defizite unseres Bildungssystems, welche Jugendliche und Erwachsene mit Migrationsgeschichte vor allem auf dem Arbeitsmarkt benachteiligen, abgebaut werden und Chancen für die Zukunft eröffnet werden.

Sprachförderung muss ab der Krippe und dem Kindergarten weiter ausgebaut werden. Dabei muss Zweisprachigkeit als eine gesellschaftliche Ressource genutzt und gefördert werden.

Nach dem Vorbild des Kooperationsprojektes mit den Stadtteilmüttern (Augsburg) soll durch Elternarbeit die Ressource der Zweisprachigkeit und der damit verbundenen Entwicklungsmöglichkeiten für die Kinder erschlossen werden. Hier fordern und fördern wir den Einsatz von Migranteneltern in Elternbeiräten und Sportvereinen.

In den Schulen kann mit niederschweligen Angeboten, z.B. Elterncafés, aber auch Aufklärungsarbeit mit den Schulämtern über das dt. Bildungssystem, der kulturelle Migrationshintergrund von Eltern einbezogen werden (Eltern abholen und mitnehmen!). Lernförderung und die Hilfe von SozialarbeiterInnen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket können hier einbezogen werden. Die Anerkennung von schulischen Abschlüssen aus verschiedenen Herkunftsländern muss geklärt und an gegebener Stelle angeglichen werden. Generell müssen vor Ort Bestandsaufnahmen stattfinden: Bildungsberichte sind in den Kommunen zu erstellen, Integrationsbeiräte zu gründen.

Die interkulturelle Öffnung in den Verwaltungen der Kommunen ist notwendig. Die Kommune als moderne Dienstleistungseinrichtungen für Alle (z.B. mit muttersprachlichem Sorgentelefon) muss real werden. Dabei muss interkulturelle Kompetenz (Fortbildungen) in Bürgerämtern und Bürgerinfos selbstverständlich werden.

Nicht zuletzt muss eine bedürfnisorientierte und kultursensible Versorgung für ALLE Menschen in den Bereichen der Gesundheitsfürsorge, Altenpflege und Behindertenhilfe sichergestellt sein. Instrumente wie das kommunale Wahlrecht sowie die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft tragen als grundlegende Voraussetzung zur Mitbestimmung und Demokratie für alle zur Integration in Gesellschaft auf gleicher Augenhöhe und zum sozialen Frieden bei. Die Diskussion zur Umsetzung muss erneut und immer wieder geführt werden.